

REFORMPOLITIK

Geld für alle

Alle reden von Reformen, doch wohin diese führen sollen, weiß kaum jemand. Drei Frankfurter fordern „Freiheit statt Vollbeschäftigung“.

Wittenberg war früher. Heutzutage werden ketzerische Thesen in Frankfurt angeschlagen. So hängen in den U-Bahnhöfen zurzeit Plakate mit Zeilen wie „Die Freiheit der Bürger ist auch Freiheit von unnötiger Arbeit“. Oder: „Arbeitslosigkeit ist kein Zeichen von Armut, sondern des Vermögens unseres Landes“. Das Ganze mündet in eine so schlichte wie provokante Forderung: Jeder Bürger soll vom Staat ein existenzsicherndes Grundeinkommen erhalten. Ohne Wenn und Aber.

„Die aktuelle Krise legt es nahe, über Modelle nachzudenken, die auch langfristige Lösungen ermöglichen“, sagt Axel Jansen. Gemeinsam mit Sascha Liebermann und Stefan Heckel, allesamt junge Wissenschaftler aus Frankfurt, und Kollegen aus Dortmund hat er die Plakate mit der Überschrift „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ kleben lassen.

Spinnerter Idealismus oder ein wohl überlegtes Zukunftskonzept? Der Vorschlag irritiert insofern, als er den Prämissen der aktuellen Reformdebatte zuwiderläuft. Schließlich zielen etwa die Hartz-Gesetze genau darauf, soziale Absicherungen abzubauen und den Einzelnen durch Druck zu Initiative zu bewegen. Ein Grundeinkommen soll zwar die „Solidarität der Bürger“ stärken, keineswegs jedoch unternehmerische und private Initiative unterbinden, im Gegenteil: Unternehmen könnten fortan enthemmt überall dort rationalisieren, wo es technisch möglich ist, die Produktivitätsgewinne wären enorm. Die Bürger gewännen an Autonomie und könnten dadurch ihrerseits produktiv sein. So glaubt Liebermann: „Innovationen entstehen dort, wo ein neugieriger Geist sich aus Interesse einem Problem widmet, ohne permanent an dessen Verwertbarkeit denken zu müssen.“ Der

Vorschlag irritiert also auch deshalb, weil er im Gegensatz zu so manch linker Forderung nach einem Existenzgeld keineswegs antikapitalistisch gemeint ist. Heckel, Liebermann und Jansen wissen, dass sie mit ihrem Vorschlag zwischen allen politischen Stühlen sitzen. Heckel: „Den einen gelten wir als Sozialisten, den anderen als Neoliberale.“

Tatsächlich gibt es Einwände von allen Seiten, teils engstirnige, teils berechnete: Würde überhaupt noch jemand arbeiten? Ist es wirklich gerecht, wenn einem Generaldirektor ebenso viel Grundeinkommen zusteht wie einem Arbeitslosen? Ermöglicht es nicht „Entlassungen mit gutem Gewissen“? Und wie soll es finanziert werden?

Heckel, Liebermann und Jansen verweisen auf enorme Einspareffekte – so könnten Bürokratien massenhaft abgebaut werden – und auf die wirtschaftliche Kraft, die ein Grundeinkommen entfalten könnte. Letztlich aber seien die langfristigen Auswirkungen nicht absehbar. Dies verstehen sie jedoch nicht als Gegenargument, sondern als Chance. Liebermann: „Bevor man über Finanzierbarkeiten diskutiert, muss man politisch entscheiden, welchen Weg man in die Zukunft gehen will.“ Mindestens diese Perspektive hat der Vorschlag den meisten Politikern voraus.

 Christian Sälzer



Drei für ein Grundeinkommen: Liebermann, Heckel und Jansen

Angesichts der Perspektivlosigkeit nicht nur der Berliner Reformdebatte wollen sie damit eine politische Diskussion anstoßen. Ihr Grundgedanke ist einfach: Es wird keine Vollbeschäftigung klassischen Typs mehr geben – es sei denn, man zwingt Menschen in den Niedriglohnmarkt und zu Tätigkeiten, die auch von Maschinen übernommen werden könnten. Diese Politik aber hemme den Fortschritt, schränke die Freiheit der Bürger ein und spalte die Gesellschaft. Konsequenter wäre es vielmehr, das Einkommen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Hierzu sollen die bisherigen staatlichen „Ausnahme“-Leistungen wie Arbeitslosengeld weitgehend ersetzt werden durch ein Grundeinkommen, das jedem Bürger zusteht. Eine Art Begrüßungsgeld, nur nicht einmalig, sondern jeden Monat und unabhängig von Leistungsbereitschaft sowie -fähigkeit. Dieses verlässliche Einkommen kann durch Erwerbsarbeit individuell erhöht werden.

Infos unter

www.FreiheitstattVollbeschaeftigung.de